

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

TOP 17 – Raumordnungsbericht 2003

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende  
von Bündnis 90/Die Grünen,

**Karl-Martin Hentschel:**

Durchwahl: 0431/988-1503  
Zentrale: 0431/988-1500  
Telefax: 0431/988-1501  
Mobil: 0172/541 83 53  
E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)  
Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 059.04 / 18.02.2004**

## Landesplanung braucht griffige Werkzeuge

Alle reden davon, dass die Bevölkerung abnimmt – aber Schleswig-Holstein trotz dieser Tendenz und wächst weiter. Unsere Bevölkerung ist von 1999 und 2002 um 50.500 EinwohnerInnen gewachsen. Dabei wurde die geringe Geburtenquote durch Zuwanderung aus anderen Bundesländern und dem Ausland ausgeglichen.

Allerdings verteilte sich dieser Bevölkerungsanstieg nicht einheitlich. Während die Bevölkerung im ländlichen Raum relativ am schnellsten wächst, so liegen bei den absoluten Zahlen die Gemeinden im Umland der Städte Kiel, Lübeck und Flensburg sowie Hamburg vorn. Erwähnenswert ist insbesondere, dass die Landeshauptstadt Kiel wieder leicht steigende Bevölkerungszahlen vorweisen kann.

Zweitens ist festzustellen, dass trotz steigender Bevölkerungszahlen und der schwierigen Wirtschaftslage die absolute Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Berichtszeitraum angestiegen ist.

Allerdings war dieser Zuwachs nicht ausreichend, um die wachsende Nachfrage nach Arbeit auszugleichen – so dass die Arbeitslosenzahlen leider bis heute weiter zunimmt. Auch hier ist die Entwicklung im Land sehr unterschiedlich: Eine positive Entwicklung ist im Berichtszeitraum so gut wie nur im Umland von Hamburg, sowie in den Umlandgemeinden um Kiel, Lübeck und Rendsburg zu verzeichnen.

Besonders auffällig und problematisch ist weiterhin der Flächenverbrauch für Verkehr und Besiedlung. Zwar ist die Entwicklung gegenüber anderen Bundesländern schwächer, jedoch sind die Zuwächse um knapp unter 10 Prozent erheblich. Im Jahre 2000 waren schon 6,2 Prozent der Landesfläche durch Bebauung und dazugehörige Freiflächen belegt.

Diese Entwicklung korrespondiert natürlich vor allem mit dem Wohnungsbau – in zweiter Linie mit dem Bau von Straßen und der Ausweisung von Gewerbegebieten. Obwohl der Wohnungsbau im Berichtszeitraum rückläufig ist, führt er trotzdem zu wachsendem Flächenverbrauch. Denn es werden vorrangig nur noch Ein- und Zweifamilienhäuser gebaut, während der Bau von Mehrfamilienhäusern weit zurückgegangen ist.

Es gibt schon Anlass zur Besorgnis, wenn trotz der Rezession die Zersiedlung der Landschaft und der Flächenverbrauch nicht nur nicht abnehmen, sondern sich sogar noch beschleunigen. Hier sind Land und Kreise gefragt, gegen diese Entwicklung anzusteuern. Man muss aber auch fragen, welches sind die Gründe und reichen die bisherigen Instrumente aus?

Gründe für die steigende Zersiedelung der noch ländlicheren Gemeinden sind die steigende Bau-landpreise im engeren Umland der Städte, fehlende Flächen in den Städten, aber auch die abnehmende Finanzkraft von Gemeinden. Dies hat dazu geführt, dass im weiteren Umland verstärkt Bebauungsgebiete ausgewiesen wurde.

Als Gegeninstrument hat das Land die 20 Prozent-Regelung geschaffen – ländliche Gemeinden dürfen im Planungszeitraum von 1995 bis 2010 nur um 20 Prozent zusätzliche Wohnungen wachsen. Diese Regelung führt aber zur Ausweisung von möglichst großen Grundstücken auf der „grünen“ Wiese.

Deshalb sollte dieses Instrument überprüft werden. Ich könnte mir z. B. vorstellen, dass wir statt dessen nur noch einmalig je Region ein Flächenwachstum von 5 oder 10 Prozent zulassen, ansonsten aber das Wachstum grundsätzlich nur noch innerhalb der ausgewiesenen Flächen stattfinden darf. Damit würden die Gemeinden angehalten, mehr Konzepte für kompaktere Bebauung zu machen und sich an erster Stelle um die Entwicklung von innerörtlichem Wohnungsraum zu kümmern.

Zweites drängendes Problem neben dem Flächenverbrauch ist die Entwicklung des Einzelhandels im Land. Der Einzelhandel in den Innenstädten hat immer größere Schwierigkeiten, dem Konkurrenzdruck der Kaufmärkte auf der „grünen“ Wiese standzuhalten.

Darüber hinaus liefern sich auch die großen Märkte untereinander eine ruinöse Konkurrenz. Die Verkaufsflächen wurden so weit vergrößert, dass sich die dafür notwendigen Käufereinzugsräume vielfach überschneiden.

Da die Kaufkraft der Einwohner Schleswig-Holsteins nicht entsprechend steigt, sterben die kleinen Einzelhandelsgeschäfte, Geschäfte in Ortszentren stehen zunehmend leer mit der Folge, dass die Gefahr besteht, dass Orte ihr Leben verlieren.

Eine weitere Folge ist in der Regel, dass die Gemeinden mit den selbstständigen Geschäftsleuten und aktive Mitbürger und Steuerzahler verlieren. Die Supermarktketten dagegen haben in der Regel nur einen Geschäftsführer, der sich nur selten mit der Gemeinde verbunden fühlt. Meist zahlen die Billigmärkte auch keine Steuern, da die Gewinne in der Regel bei der Mutter in der Schweiz oder an vergleichbaren Plätzen anfallen.

Auch hier muss sich dieses Parlament eine Meinung darüber bilden, ob wir dieser Entwicklung entgegengetreten sollen. So könnten die Instrumente der Landesplanung geschärft werden, indem zum Beispiel die Einschränkung der Ausweisung von Verkaufsflächen zum landesplanerischen Ziel gemacht wird. Dann könnte die Landesplanung eher und wirksamer als bisher solchen Entwicklungen entgegengetreten und häufiger den Neubau oder die Vergrößerung von Verkaufsflächen untersagen.

\*\*\*